

Stellungnahme des Katholischen Laienrats zur aktuellen Flüchtlingsproblematik in Österreich

Der KLRÖ ist sehr dankbar und voll Anerkennung für die vielfältige ideelle, personelle und materielle Hilfe durch Einzelne und Organisationen der Zivilgesellschaft während der schwierigen und drängenden Situation der letzten Wochen. Der substantielle Beitrag der Diözesen, der Pfarren und katholischer Organisationen verdient aus Sicht des KLRÖ entsprechende Anerkennung.

Der KLRÖ bittet seine Mitglieder, bei dieser Hilfe mitzuwirken und nicht nachzulassen. Diese Soforthilfe entspricht dem christlichen Gebot der Nächstenliebe („caritas“) und der ethischen Forderung nach Solidarität aller Menschen.

Der KLRÖ anerkennt die Bereitschaft der Bundesregierung, in diesem Jahr und im Budget für 2016 die notwendigen Mittel für die Grundversorgung der in Österreich weilenden Flüchtlinge bereitzustellen.

Trotz dieser drängenden Situation dürfen aber langfristige Überlegungen und auch extreme Szenarien mit hohen Zahlen von lang bleibenden Migrantinnen nicht vergessen werden.

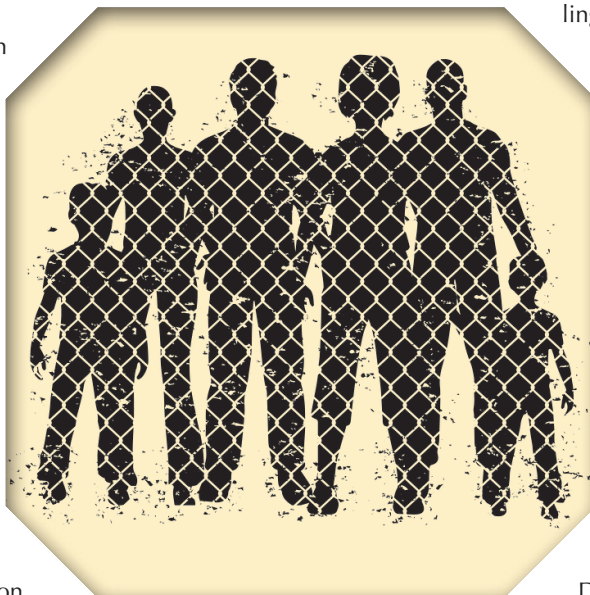
Das derzeitige Hilfsangebot darf nicht aus Idealismus oder aus Berechnung als Einladung an viele weitere Flüchtlinge zu kommen dargestellt und propagiert werden. Dadurch darf nicht der Wunsch gefördert werden, nach Österreich einzuwandern. Die gutgemeinte Aussage, dass Migration eine Bereicherung sei bzw. sein kann, vergisst gern, dass ungesteuerte Migration durch die kulturell-religiösen Spannungen immer auch Auslöser für gesellschaftliche Konflikte sein kann.

Asyl sollte nur befristet gewährt werden. Subsidiärer Schutz gilt ja grundsätzlich nur befristet. Auch die Unterkunft sollte befristet zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen müssen Fragen der Sicherheit sowie Besorgnisse und Ängste der örtlichen Bevölkerung (z. B. im Hinblick auf die Zahl) berücksichtigt sowie angemessene Informationen angeboten werden. Sonst könnte die Stimmung der Bevölkerung kippen.

Bei der derzeitigen Bereitschaft, Flüchtlinge in kirchliche Quartiere aufzunehmen (z. B. in Pfarrhöfe), darf der Raumbedarf des regelmäßigen Pastoralangebotes nicht vernachlässigt werden.

Personen, deren Asylstatus anerkannt ist bzw. die subsidiär schutzwürdig sind, haben ja Zugang zum Arbeitsmarkt und sollen rascher eingegliedert werden. Für Asylwerber, deren Asylansuchen läuft, sollen Länder und Gemeinden verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, gemeinnützige Tätigkeiten anzubieten.



Allen sollte bewusst sein, dass für alle, die in Österreich bleiben wollen und dürfen, die für eine Integration wichtigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen (z. B. Deutschkurse, Schulbesuch, Berufsbildungs-, Wohn-, Arbeitsmöglichkeiten u. ä.).

Die derzeitige Nichtbeachtung der rechtsstaatlichen Bestimmungen (keine Verhinderung illegaler Einreise, keine dem EU-Recht entsprechende Registrierung der Flüchtlinge u. ä.) muss rasch beendet werden.

Die schwierige Unterscheidung von Asylberechtigten und zu subsidiärem Schutz Berechtigten einerseits und die wegen der wirtschaftlichen Lage oder anderer Beweggründe nach Europa drängenden Migranten andererseits muss im praktischen Umgang mit der Situation und in der sprachlichen Darstellung ständig versucht werden. Nur persönlich bedrohte Personen sind laut gültiger Flüchtlingskonvention schutzwürdige Flüchtlinge, ein Krieg im Land für sich allein ist keine ausreichende Voraussetzung für eine Asylgewährung.

Zudem wird es auch nötig sein, die Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951 den derzeitigen Gegebenheiten anzupassen.

Auf EU-Ebene muss intensiv an einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik gearbeitet werden. Dabei muss auch ein Beitrag jener Mitgliedstaaten erreicht werden, die nicht angestrebtes Ziel der Asylwerber und Wirtschaftsmigranten sind. Im Sinne einer solidarischen Flüchtlingspolitik muss eine die Situation der Länder berücksichtigende Quote angewendet werden, um einen gerechten Lastenausgleich zu erreichen.

Die finanzielle Unterstützung der Unterbringung von Flüchtlingen in deren eigenem Land und in den Nachbarländern von Krisenländern ist vorrangig und sollte weltweit ausgebaut werden.

Im speziellen Fall von Syrien wäre eine in der Beteiligung ausgewogene Friedenskonferenz das wünschenswerte Ziel.